



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Stellungnahme
der Bundesrechtsanwaltskammer
zum Gesetzesantrag der Fraktion DIE LINKE
„Rechtsanspruch auf Mieterberatung für Menschen mit
geringem Einkommen“
BT-Drucks. 16/5247 v. 09.05.2007

Verteiler:

Bundesministerium der Justiz
Justizminister/Justizsenatoren der Länder
Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages
Arbeitskreise Recht der Bundestagsfraktionen
Bundesrat
Rechtsausschuss des Bundesrates
Rechtsanwaltskammern
Bundesnotarkammer
Bundessteuerberaterkammer
Wirtschaftsprüferkammer
Deutscher Notarverein
Deutscher Anwaltverein e. V.
Deutscher Richterbund
Deutscher Juristinnenbund
Deutscher Steuerberaterverband
Bundesverband der Freien Berufe

Redaktionen der NJW, ZAP

Juni 2007
BRAK-Stellungnahme-Nr. 28/2007
Im Internet unter www.brak.de

Die Fraktion DIE LINKE fordert mit einem Gesetzesantrag einen Rechtsanspruch auf kostenlose und unabhängige Mietrechtsberatung für Menschen, die Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII und/oder Wohngeld beziehen. In der Begründung heißt es, die Erfahrungen von Mietervereinen und –verbänden hätten gezeigt, dass die Überprüfung von Mieterhöhungen, von Betriebskostenabrechnungen, von Mietpreisüberhöhungen und ähnlichem bei den Kostenträgern häufig nicht durchgeführt und unkritisch übernommen würden. Es sei deshalb sinnvoll, dass auch zum effizienten Einsatz der öffentlichen Gelder diese Rechtsprüfung dort stattfinde, wo es den entsprechenden Sachverständigen und die Erfahrung gebe. Der Anspruch auf eine Mietrechtsberatung sei nicht nur aus rechtsstaatlichen Gründen zu befürworten, sondern könne in der Praxis auch dazu führen, die Kostenträger erheblich zu entlasten.

In der Gesetzesbegründung wird nur davon gesprochen, dass die Sozialämter den Beitrag für Mietervereine übernehmen sollten.

Die Bundesrechtsanwaltskammer sieht sich veranlasst, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Anwaltschaft im Rahmen der Beratungshilfe auch Menschen mit geringem Einkommen eine unabhängige, nahezu kostenlose Mietrechtsberatung bietet. Der vorgeschlagenen gesetzlichen Regelung bedarf es nicht, da die beabsichtigte unabhängige Beratung in vollem Umfang durch die Anwaltschaft im Rahmen der Beratungshilfe sichergestellt wird. Bestehen Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit von Nebenkostenabrechnungen, Mietzins-Umlagenerhöhungen u. ä., wird sich der betroffene Bürger vielfach von sich aus an die Anwaltschaft vor Ort wenden und dort fachkundigen Rat suchen. Die Bürger, die Leistungen nach SGB II, SGB XII und/oder Wohngeld beziehen, müssen entsprechende Anforderungsschreiben ohnehin der entsprechenden Behörde vorlegen. Bestehen gegen die Rechtmäßigkeit der erhobenen Forderungen Bedenken, kann der zuständige Sachbearbeiter darauf hinweisen und den Bürger unter Hinweis auf die bestehenden Möglichkeiten der Beratungshilfe an die örtliche Anwaltschaft verweisen.

Der Vorschlag, diese Beratung ausschließlich durch örtliche Mieterverbände / -vereine durchführen zu lassen, führt zum einen zu einer interessengebundenen Beratung, zum anderen – durch die Übernahme der Kosten durch die örtlichen Träger der Sozialhilfe – zu einer zusätzlichen Kostenbelastung der öffentlichen Haushalte.

Aus Sicht der Bundesrechtsanwaltskammer bedarf es daher keiner weiteren Maßnahmen. Die eingebrachte Gesetzesinitiative ist nicht nur überflüssig, sondern sogar kontraproduktiv.

* * *